

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Heute Lohnsenkungen

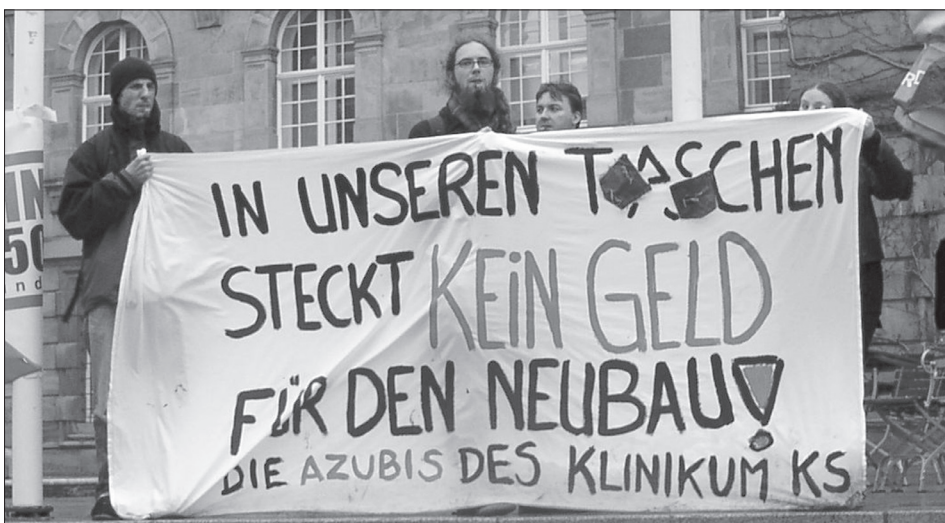
Morgen unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden?

Weitere Argumente gegen den Absenkungstarifvertrag am Klinikum Kassel

1. Der Kommunale Arbeitgeberverband hat bei seiner Mitgliederversammlung am 10.11.06 beschlossen, dass umgehend bei allen städtischen Betrieben die Wochenarbeitszeit unbezahlt auf 40 Stunden und 6 Minuten erhöht werden soll. Diese Wochenarbeitszeit hat ver.di mit dem Tarifvertrag der Länder für die Landesbeschäftigten in Bayern vereinbart. Der Kommunale Arbeitgeberverband begründet seinen Vorstoß mit der im TVöD vereinbarten Meistbegünstigungsklausel. Für den Fall, dass ver.di dies nicht anerkennt, verweigern die Kommunen die Umsetzung der Nachverhandlungsergebnisse zum TVöD (Ehegattenanteil im Ortszuschlag, Besitzstandszulagen, Haftungsausschluss, Rufbereitschaft, Höhergruppierungsfragen). Warum werden die ver.di-Mitglieder und Beschäftigten in den Kommunen über diese Provokation der Arbeitgeber nicht informiert? Was gedenkt ver.di dagegen zu tun? Wie kann man bei einer solchen Kriegserklärung der kommunalen Arbeitgeber Absenkungstarifverträge unterschreiben?

2. Ver.di rechnet uns vor, dass wir unter dem Strich eigentlich „höchstens ca. 0,49% in den Jahren 2009 bis 2013“ verlieren. Diese Rechnung ist eine Schönrechnerei, die wir hiermit widerlegen.

* **ver.di sagt** dass der Beitrag zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung ab 2007 um 1% sinkt. Es wird verschwiegen, dass die Arbeitnehmerbeiträge für die Kranken- und Rentenversicherung um ca. 1% steigen werden (0,25 für Rente und ca. 0,75% für die Krankenkasse)



Azubis des Klinikum Kassel bei einer Kundgebung gegen Privatisierung

* **Im TVöD** wird uns an bestimmten Stellen Geld weggenommen, um es ab 2008 als 1% Leistungsentgelt per Nasenprämien zu verteilen. Ver.di sagt, dass dieses Leistungsentgelt mit der Absenkung verrechnet wird. Der Haken an der Sache ist aber, dass ver.di mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Hessen bereits vereinbart hat, dass in Hessen dieses Leistungsentgelt für die Krankenhausbeschäftigten gar nicht bezahlt wird. Für alle städtischen Beschäftigten soll ab 1.1.07 die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit auf 39 Stunden gelten. Bei den Krankenhäusern bleibt die 38,5-Stunden-Woche. Dafür entfällt aber die Leistungszulage. Dies hat der ver.di-Landesbezirk Hessen in einer „Information zur Arbeitszeit im kommunalen Bereich“ am 26.10.06 mitgeteilt. Alle ver.di-Funktionäre wissen das. Trotzdem wird behauptet, dass dieses Leistungsgeld die Absenkung mildert.

* **ver.di** sagt, wenn der Arbeitgeber die Zusatzversorgung absenkt, könnten allein dadurch 3,51% finanziert werden. Aber wenn das Geld uns jetzt nicht fehlt, dann fehlt es uns spätestens bei der Rente. Man kann es drehen wie man es will. Bei einem Monatsbruttolohn von 2.300 Euro gehen uns (unter Einbeziehung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld) monatlich brutto 132 Euro, im Jahr 1.584 Euro oder über neun Jahre gerechnet mehr als 14.000 Euro verloren.

3. Sicher ist jedenfalls, dass unsere Kaufkraft im nächsten Jahr gewaltig sinkt. Und davon spricht ver.di überhaupt nicht. Die Mehrwertsteuer zieht uns Verbrauchern 20 Milliarden Euro aus der Tasche. Die Entfernungspauschale für den Weg zur Arbeit wird für die ersten 20 Kilometer gestrichen. Hierdurch werden 2,5 Milliarden Euro pro Jahr bei den Arbeitern und Angestellten geklaut. Für Kinder ab dem 25. Lebensjahr fällt das Kindergeld weg. Gleichzeitig müssen Studierende pro Halbjahr 500 Euro Studiengebühren bezahlen. Der Sparerfreibetrag wird hal-

www.netzwerk-verdi.de

biert. Dadurch wandern nochmal 0,8 Milliarden mehr in die Staatskasse.

4. Die gesetzliche Rente wurde in den letzten Jahren bereits drastisch gekürzt. In den nächsten 10 Jahren soll es keine Rentenerhöhung geben. Bei zwei Prozent Inflation wird unsere Rente um 20% entwertet. Das Bundesfinanzministerium geht davon aus, dass allein die Mehrwertsteuererhöhung einen RenterInnenhaushalt mit 270 Euro im Jahr belastet. Damit nicht genug will die Schröder/Müntefering-Regierung das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre

erhöhen. Wer 1947 und später geboren ist, kann künftig nicht mehr mit 65 in Rente gehen. Ab 2012 steigt das Rentenalter in Monatsschritten an. Wer 1964 und später geboren ist, darf erst mit 67 in Rente. Kolleginnen und Kollegen, könnt Ihr Euch vorstellen, dass Ihr bis 67 Euren Job machen könnt? Mit Sicherheit nicht. Wir werden früher

in Rente gehen und dann gewaltige Abschläge in Kauf nehmen müssen. Alle, die nach 1963 geboren sind und mit 62 in Rente gehen, verlieren z.B. 18% ihrer Rente. Um diesen Weg in die Altersarmut zu stoppen, muss ver.di Lohnkürzungen ablehnen und einen entschlossenen Kampf gegen die Rente mit 67 und weitere Rentenkürzungen führen.

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di trifft sich am Donnerstag dem 7. Dezember um 19⁰⁰ Uhr im Kulturzentrum Schlachthof in der Mombachstrasse (Raum wird noch bekanntgegeben)

Kommunen verlangen 40-Stunden-Woche

Bei seiner Mitgliederversammlung am 10.11. hat der Verband der Kommunalen Arbeitgeber (VKA) beschlossen von ver.di die Einführung einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden und 6 Minuten für alle kommunalen Beschäftigten zu akzeptieren. Der VKA bezieht sich damit auf die von ver.di im TVöD unterschriebenen Meistbegünstigungsklausel. Diese lautet: „Sofern ...ver.di für ein oder mehrere Bundesländer einen Tarifvertrag abschließt, der von den Regelungen des TVöD oder der ihn ergänzenden Tarifverträge in den Bereichen Arbeitszeit und Sonderzahlung (Zuwendung, Urlaubsgeld u.a.) abweichende Inhalte hat...vereinbaren die Tarifvertragsparteien ohne weitere Verhandlungen folgendes: Die rechtsverbindliche Unterschrift der Gewerkschaft ver.di unter den ausgehandelten Tarifvertrag gilt zugleich als unwiderrufliches Angebot an den Bund und die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände.“

Weil ver.di im TV-L für die Länderbeschäftigten in Bayern eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden und 6 Minuten unterschrieben hat, soll diese Regelung jetzt bundesweit für die Kommunen gelten. Für den Fall, dass ver.di dies nicht akzeptiert, weigert sich der VKA die Nachverhandlungsergebnisse zur Überleitung des TVöD umzusetzen.

Diese Entwicklung zeigt erneut das Ausmaß der tarifpolitischen Katastrophe des TVöD. Niemals hätte eine Gewerkschaft einen solchen Absenkungstarifvertrag und eine solche Meistbegünstigungsklausel unterschreiben dürfen. Dazu gab es eine Alternative. Die Gehaltstarifverträge hätten zum 31.1.2005 gekündigt und gleichzeitig die Verhandlungen zum TVöD abgebrochen werden können.

Es hätte eine offensive Lohn- und Gehaltsforderung gestellt und dafür ein bundeseinheitlicher Streik im öffentlichen Dienst organisiert werden können. Zusätzliches Streikziel hätte die Rücknahme aller bis dahin durchgesetzten Verschlechterungen bei Weihnachts-, Urlaubsgeld und Arbeitszeit bei BeamtInnen und Landesbeschäftigten sein müssen.

Die im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ zusammengeschlossenen Kolleginnen waren von Anfang an gegen den TVöD. Die ver.di-Führung verkauft TVöD und TV-L als „Meilenstein“ in der Tarifgeschichte. Wir sagen: dieser Meilenstein weist in die völlig falsche Richtung. Das neue Tarifrecht ist die größte Niederlage im öffentlichen Dienst in der Nachkriegsgeschichte. Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst erfahren das derzeit am eigenen Geldbeutel und durch längere Arbeitszeiten.

Die erneute Provokation des VKA zeigt, dass die Arbeitgeber nicht locker lassen bei der Durchsetzung der unbezahlten Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und mehr.

1. 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten bei Bund, Länder und Kommunen

2. Lohnerhöhung um 300 Euro brutto/Monat und einen Mindestlohn von 2.000 Euro brutto bzw. 12 Euro in der Stunde.

TARIFBEWEGUNG
ÖFFENTLICHER DIENST

Tarifarbeit im Fachbereich

Die neuen Tarifverträge im Gesundheits- und Sozialwesen

- Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)
- Besonderer Teil Krankenhäuser (BT-K) gilt u. a. auch für Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- Überleitungstarifvertrag (TVÜ-VKA)
- Tarifvertrag zur Zukunftssicherung der Krankenhäuser (TV ZUSI)

ver di
Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Der TVöD auf 128 Seiten – Mit einer 40-Stunden-Woche in die Zukunft?

Es ist an der Zeit, dass ver.di diese Vorstöße mit der Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich beantwortet. Der TVöD muss zum Jahresende 2007 gekündigt werden. Alle Verschlechterungen des TVöD müssen zurückgenommen werden. **Statt weiteren Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung sind folgende Tarifziele notwendig:**